

Aussprache mit den Referenten

Frage

Herr Professor Stribrny,, eine Zusatzfrage zum Thema Glaubensfreiheit in Preußen unter Friedrich. Es heißt ja, er habe gesagt: Dem Muslim baue ich eine Moschee. Nur wird der Nachsatz meist vergessen, denn der lautet: wenn er ein guter Preuße ist. Ob Friedrich der Große die Glaubensfreiheit wirklich auch auf den Islam ausgeweitet hätte, bezweifle ich, denn er wusste natürlich von den Türken vor Wien 1683. Ich frage mich auch, ob Friedrich der Große heute die Glaubensfreiheit auf den Islam ausweiten würde, wenn er Khomeini gehört hätte, der im Herbst 1986 für den Islam die Postulate verkündet hat: Mitteleuropa ist das Missionsgebiet des Islam und das Mittelmeer ist ein islamisches Meer. Wahrscheinlich hätte Friedrich unter diesen Bedingungen die Glaubensfreiheit etwas enger gefasst.

Wolfgang Stribrny

Ja, er hat sie in diesem Zitat ja auch eng gefasst. Ich habe ja gleich am Anfang versucht, dies am Beispiel des Italieners in Frankfurt/Oder zu verdeutlichen: Er sah keinen Hinderungsgrund, ihn einzubürgern, wenn er ein ehrlicher Mann sei. Also, vor allem hat dieser Mann den Bürgereid auf den König von Preußen geleistet. Er hat die preußische Leitkultur anerkannt. Er war also bereit, sich als katholischer Italiener im protestantischen Preußen zu integrieren. Das war das Entscheidende. Das beantwortet auch die hypothetische Frage, was Friedrich heute tun würde: Wenn muslimische Türken bereit sind, deutsche Staatsbürger zu sein, die deutsche Leitkultur anzuerkennen, ihre Kinder hier in die Schule zu schicken und, abgesehen von der Religion, sich nach unseren Sitten und Gebräuchen zu verhalten, dann würde Friedrich das auch heute anerkennen und ihnen Moscheen bauen – aber nur unter der Anerkennung der preußisch-deutschen Leitkultur, nur dann.

Beitrag

Ich würde gern eines richtigstellen: Die Sozialdemokraten haben damals dem Ermächtigungsgesetz nicht zugestimmt, im Gegensatz zum nachmaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss. Der hat zugestimmt.

Anmerkung der Redaktion: Der Richtigstellung liegt ein Missverständnis zugrunde. Prof Stribrny hatte gesagt (siehe letzte Antwort der Fragezeit): ... die Sozialdemokraten wären bereit gewesen (dem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen), wenn...

Ihre Aussage, Wilhelm II. sei abgeschoben worden, finde ich etwas geschichtsklitternd. Wilhelm II ist nicht von Hindenburg abgeschoben worden, sondern freiwillig, ich sage es etwas pointiert, zum Holzhacken nach Doorn gegangen.

Wolfgang Stribrny

Nein, das stimmt nicht. Es gibt neue Forschungsergebnisse, es gibt die neue Hindenburg-Biografie von Wolfram Pyta. Aus der wird eindeutig klar, dass auch von Hindenburg und Groener die Behauptungen von einer angeblichen Bedrohung Wilhelms II und von der Untreue der Truppen vorgeschoben haben, Behauptungen, die durch die neueren Forschungen quellenmäßig widerlegt sind. Daran lässt sich nichts ändern. Gewiss haben 1918 bei der Änderung der Staatsform Anarchisten in Berlin die Straße beherrscht, aber Hindenburg hat hier auch eine große Verantwortung. Ich weiß, das tut uns allen weh, und Herr General R. Uhle-Wettler hat ja auch in einem Leserbrief in den Preußischen Mitteilungen gesagt, wir müssten zu dem Preußen Hindenburg stehen. Doch Sie wissen ja auch, dass er Hitler als Einzigen seiner Kanzler „Mein lieber Kanzler“ genannt hat. Und er hat auch Hitlers rechtsstaatswidrige Morde beim sogenannten Röhmputsch gebilligt. Dabei war er im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte bis zuletzt, trotz seiner 86 Jahre.

Beitrag

General Uhle-Wettler, ehem. Vorsitzender der SWG: Liebe Freunde, ich bin heute mehrmals namentlich genannt worden und möchte dazu kurz Stellung nehmen, damit hier kein falscher Eindruck entsteht. Ich fühlte mich auch noch verantwortlich für die SWG. Ich kann, was über Preußen gesagt wurde, heute mit großer Freude und vielem Dank an die Vortragenden nur unterstreichen. Das hat aber nichts damit zu tun, dass ich an der politischen Intelligenz der Deutschen sehr stark zweifle. Preußen war Monarchie und ein christlicher Staat. Die Alliierten haben ihn 1945 aufgelöst. Unsere Staatsspitzen propagieren diese Alliierten als unsere Befreier, die uns unter anderem durch ihr Verbot auch von Preußen befreit haben. Mittlerweile haben wir einen nahezu sozialistischen Staat. Wir als SWG werden ausgegrenzt. Wenn wir hier in Hamburg Veranstaltungen machen wollen, ob es bei Studentenverbindungen ist oder anderswo, werden wir als Rechte oder Rechtsradikale ausgegrenzt, während im Bundestag wieder die Kommunisten agieren. Was ein Wunder, das ich gewisse Zweifel habe, wenn wir glauben, wir könnten in diesem Staat, in dem man sich im Parlament als Verbrecher und Lügner beschimpft, den Staat Preußen wieder einführen. Seien wir froh, wenn wir das Christentum noch ein wenig aufrechterhalten können, und wenn wir es schaffen, den Gefahren

des Sozialismus und der Massendemokratie im Geiste des Grundgesetzes etwas entgegenzuwirken.

Wolfgang Stribrny

Mit der Analyse stimme ich nicht in allem überein, Herr General Uhle-Wettler, aber, wie ich gesagt habe, ist die Entchristlichung etwas ganz Schlimmes, und Preußen war ein christlicher Staat. Ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie auf das Preußenverbot von 1947 eingegangen sind, denn das ist ja hoch spannend, meine Damen und Herren: Preußen wird im Augenblick seiner Geburt als Königreich, am 18. Januar 1701 in Königsberg, wie wir von Herrn Prof. Macke gehört haben, unter die Devise gestellt: „Suum cuique“ – Jedem das Seine. In den Statuten des damals gestifteten schwarzen-Adler-Ordens wird dieses schwierige Wort „Jedem das Seine“ ganz schlicht für uns alle übersetzt mit „Gerechtigkeit gegen Jedermann“. Das ist die Devise unter der der preußische Staat antritt, der Kern der preußischen Staatsidee – natürlich im christlichen Sinne zu verstehen.

Die Auflösung Preußens als Hort des Militarismus und der Reaktion – womit ja eine britische Kriegspropaganda aus dem 1. Weltkrieg, einfach übernommen wurde – das ist die ins Negative interpretierte preußische Staatsidee. Preußen wird also wegen seiner Staatsidee geboren und wegen der von den Alliierten pervertierten Staatsidee ohne jedes Recht aufgelöst. Hans-Joachim Schoeps (Religionswissenschaftler und Preußen-Historiker, 1909-80, d. Red.) hat gesagt: Preußen war ein königlicher Staat, der am 9.11.1918 untergegangen ist; was die Alliierten getan haben, ist Leichenfledderei.

Frage

Ich habe mich mit den preußischen Königen befaßt und stelle fest, entgegen meinem Schulwissen vom Mendelschen Gesetz: keiner gleicht dem anderen. Friedrich I war musisch, Friedrich Wilhelm I. war amusisch; er war Calvinist, überzeugter Christ, und Friedrich der Große nahm es nicht so genau. Ich habe festgestellt, daß zwei Preußenkönige sich im Aussehen glichen, sie waren schlaksig, groß gewachsen, blond, blauäugig: Wilhelm I und Friedrich III. Frage: warum waren das alles Einzelercheinungen, warum griff hier nicht das Gesetz von Mendel?

Wolfgang Stribrny

Doch, das gilt sehr wohl. Die älteste Grablege der Hohenzollern befindet sich in Alpirsbach im Schwarzwald; in dem Portikus der romanischen Stiftskirche in Alpirsbach, um 1095 gegründet, sind der Stifter Graf Adelbert von Hohenzollern und seine Ehefrau Elisabeth abgebildet. Das nur

Als Hinweis, wie weit wir zurückschauen müssen.

Die erste große Grablege ist im Kloster Heilsbronn zwischen Ansbach und Nürnberg zu finden, also in der Burggrafschaft Nürnberg. Wenn Sie da die Grabmäler aus dem 15. und 18. Jahrhundert ansehen, dann stellen Sie zwei Typen der Hohenzollern fest, nämlich einmal diesen etwas milden landesväterlichen Typ, wie ihn etwa Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III verkörpert haben und dann also diesen Typ wie Friedrich der Große und auch im gewissen Sinne Friedrich Wilhelm I: energisch, klare Züge, hier also staatsmännisch und auf die Finanzen guckend. Und diese beiden Züge ziehen sich durch die Zeiten. Ich habe den 1994 gestorbenen Prinz Louis Ferdinand von Preußen gut gekannt: je älter er wurde, desto mehr wurde er Kaiser Wilhelm I ähnlich, und sein Vater, Kronprinz Wilhelm (so fraglich er in vieler Hinsicht ist), hatte ein Profil wie Friedrich der Große. Bei Vater und Sohn haben wir hier also beide Linien, die Jahrhunderte zurück zu verfolgen sind. Das ist schon merkwürdig, aber die Habsburger-Unterlippe geht ja auch durch die Jahrhunderte. Die ist schon bei Kaiser Maximilian im 15. Jahrhundert nachweisbar und bis zum heutigen Tage zu sehen. Erzherzog Otto lebt ja noch, der Kronprinz von Österreich-Ungarn.

Frage

Friedrich II war bekannterweise ein begabter Flötist und auch ein begabter Komponist. Er hat ein Flötenkonzert komponiert, das ich neulich gehört habe und ich mich wirklich beeindruckt hat. Was ist authentisch an der Begegnung von Johann Sebastian Bach und Friedrich II? Die Brandenburgischen Konzerte sind doch als Widmung an ihn entstanden, aber ich glaube, authentisch ist, daß die Chemie zwischen den beiden nicht stimmte. Die andere Frage: Voltaire gehörte doch zur Tafelrunde des Königs, und auf diesem wunderschönen Bild von Adolph Menzel neigen sich die beiden sogar zueinander und reden miteinander. Es kam dann später aber zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden. Warum? Die dritte Frage: Hat Friedrich II wirklich die Kartoffel eingeführt? Das ist ja auch eine Legende.

Wolfgang Stribny

Zuerst Johann Sebastian Bach: Nicht die Brandenburgischen Konzerte sind Friedrich dem Großen gewidmet, sondern das „Musikalische Opfer“. Die Brandenburgischen Konzerte sind dem Markgrafen Christian Ludwig von Brandenburg-Schwedt gewidmet, einem Vetter Friedrich Wilhelms I. – in die Generation gehört er auch hinein – der in der Nähe von Berlin eine kleine Hofkapelle unterhalten hat, aber wahrscheinlich diese Brandenburgischen Konzerte nicht hat aufführen können, weil seine Kapelle nicht groß genug war. Friedrich der Große hat Carl Philipp Emanuel Bach als Hofkapellmeister gehabt. Auf dem berühmten Bild vom Flötenkonzert sitzt er am Klavier. Das

ist also Philipp Emanuel, Bachs 3. oder 4. Sohn. Jedenfalls ist dann Vater Bach einmal zu Besuch gekommen, aber da war nicht viel Verbindung. Das war eine andere Zeit. Friedrich ist ja Rokoko und Bach ist Barock. Die haben nicht viel gemeinsam gehabt. Er hat das durch seine Anregung entstandene „Musikalische Opfer“ entgegengenommen, aber so viel man weiß, hat er sich nie bei Bach bedankt. Da ist kein sehr großer Kontakt gewesen.

Voltaire: Gerd Heinrich schreibt: Alle Sottisen und alles Böse über Friedrich den Großen gehen in erster Linie auf Voltaire zurück. Voltaire war ein Lästermaul sondergleichen, und Friedrich hat ihn rausgeschmissen sozusagen, und das war auch berechtigt, nachdem er ja über 2 1/2 Jahre lang sein persönlicher Gast war, in Sanssouci auch gewohnt hat. Friedrich hat aber nachher den Ausgleich zu ihm gesucht. Das zeigt seine innere Güte und seine Souveränität. Es gibt einen Briefwechsel in späteren Jahren voller gegenseitigem Respekt, ohne daß man an die früheren bösen Vorfälle erinnerte.

Kartoffeln: Die sind natürlich nicht von Friedrich dem Großen eingeführt worden. Wir wissen ja daß der Große Kurfürst im Lustgarten in Berlin schon Kartoffeln gepflanzt hat, aber Friedrich hat das in seiner Zeit in der Breite durchgesetzt. Es gibt ja in Deutschland in einigen Gegenden, ich denke etwa an die Gegend von Göttingen, Kartoffeldenkmäler; da haben die Menschen aus Dankbarkeit für die Einführung der Kartoffel zu Lebzeiten Friedrichs des Großen Denkmäler errichtet, und zwar, weil die Hungersnöte aufgehört hatten. Die Hungersnöte treten später dann auf, wenn die Kartoffel krank ist oder nicht gedeiht aufgrund widriger Wetterverhältnisse. Aber der große Kampf gegen den Hunger wurde in dem Augenblick gewonnen, als die Kartoffel eingeführt wurde. Da hat Friedrich in der Durchsetzung große Verdienste. Er war ja ständig mahnend auf Inspektionsreisen unterwegs. Er war allerdings nicht der allgegenwärtige König in allen Provinzen seines weitgestreckten Königreiches. Es gibt Gegenden, die er nie besucht hat. Er war nie richtig in Oberschlesien, er war auch nicht in Schlesien rechts der Oder. Ostpreußen hat er seit 1756 nicht mehr betreten, aber er kannte sich schon gut aus und hat überall dafür gesorgt, daß der Kartoffelanbau gefördert wurde.

Frage

Da ich davon ausgehe, daß wir in diesem Raum nicht unbedingt „politisch korrekt“ reden müssen, habe ich noch einmal eine Frage an Sie, Prof. Stribrny als Historiker und an Sie, Prof. Macke, als Jurist: Das Kontrollratsgesetz zur Auflösung Preußens haben wir gerade vorhin angesprochen. Ist dieses Gesetz ein rocher de bronze, ist es etwas, was man nicht ansprechen darf, weil das politisch unkorrekt ist? Oder hat sich schon jemand Gedanken darüber gemacht, ob das Gesetz nicht auch aufzuheben ist. Es ist nämlich verfügt

worden, bevor unsere Bundesrepublik gegründet worden ist. Wird darüber etwas veröffentlicht?

Wolfgang Stribrny

Ja, es gibt in Frankfurt/Oder einen promovierten Mann, einen habilitierten Landwirt, der das sozusagen zum Inhalt seines Lebens gemacht hat, aber davon will ich jetzt nicht sprechen. Es ist völkerrechtlich, soweit ich weiß, ganz eindeutig, daß eine Besatzungsmacht nicht in die Substanz eines Landes eingreifen darf. Also, völkerrechtlich hatten die Besatzungsmächte nicht das Recht dazu. Woher der ganze Zinnober kommt, hatte ich ja gesagt. Sie müssen bedenken, daß alle alliierten Politiker, die 1946/47 das Sagen hatten, Teilnehmer des Ersten Weltkriegs waren und die Soldaten natürlich erst recht, die dann im Kontrollrat saßen; sie waren alle von dieser Kriegspropaganda des Ersten Weltkriegs vollkommen erfüllt – sozusagen besoffen. Und deshalb haben sie solchen Unsinn geglaubt.

Veranstalter

Darf ich dazu noch etwas sagen: Auch wenn diese Auflösung Preußens Unrecht war und an sich null und nichtig ist – wir hätten Preußen auch dann nicht mehr, wenn es nicht aufgelöst worden wäre. Denn der größte Teil Preußens wäre Nordrhein-Westfalen. Dort hätten wir keinen Ministerpräsidenten Braun mehr, sondern eine Frau Kraft, wenn ich recht informiert bin. Das heißt, Preußen ist nicht durch den Namen wieder herzustellen, sondern Preußen ist eine Idee, und dieser Idee müßte man in der Politik nachleben. Aber ich sehe zur Zeit keinen maßgebenden Politiker in der ganzen Region, die früher Preußen war, der dieser Idee nur im Entferntesten nachleben würde. (Nachträglicher Gedanke: Würde durch ein als Preußen bezeichnetes Bundesland, das außer dem Namen wenig mit dem Original zu tun hätte, nicht sogar Preußen als Idee zunichte gemacht?)

Peter Macke

Ich denke es kann niemandem verwehrt sein, sich über diese Frage auszutauschen und dabei auch den Standpunkt zu vertreten, diese Auflösung sei nicht durch eine rechtmäßige Gesetzgebungsinstanz erfolgt. Dieser Standpunkt wird vertreten, wie wir auch hier hören – die Gedanken sind frei. Davon zu unterscheiden ist auch juristisch, ob dieser Vorgang, oder vergleichbare Vorgänge, durch die Stetigkeit und ein Sich-Hineinfinden der betroffenen Menschen in die geänderte Lage, also durch eine stillschweigende Volksabstimmung ohne Wahlzettel, so wie etwa auch das Grundgesetz, nicht schließlich legitimiert worden sind. Das Grundgesetz ist unterzeichnet worden, aber nicht von einer verfassungsgebenden Versammlung, nicht von

einer Gesetzgebungsinstanz. Und dennoch sagt man, es haben sich die Menschen Deutschlands das Grundgesetz zuneigen gemacht durch die Praxis, durch ihre demokratische Staatsleitung und durch das weithin befriedigende, großartige Wertesystem des Grundgesetzes. In der Richtung würde ich die Frage beantworten, ob man die Auflösung des Preußenstaates infrage stellen muß. Man kann sich doch auf den Standpunkt stellen: Wir haben in dieser mit vielen Hindernissen zusammenwachsenden europäischen Union ganz andere Sorgen; wäre es da realistisch und erfolgversprechend, eine Mehrheit für die Wiederbegründung des Staates Preußen mobilisieren zu wollen? Nach meiner unzulänglichen Einschätzung nicht. Und ob es dann nicht besser ist, sich da hinein zu finden, woran sich die Bevölkerung auch der betroffenen Landesgebiete durch die Jahrzehnte seit dem Zusammenbruch des 3. Reiches erst weniger, aber inzwischen doch vollständig, gewöhnt hat. Mit dieser Begründung des Volkswillens: man hat sich in das geschickt, was nach dem verlorenen Krieg faktisch, nicht rechtlich, aber faktisch möglich war. Mein Sinn geht nicht dahin, diese Ordnung wieder zu stören, um den Preis, mitten in Europa eine neue Grenzdiskussion zu betreiben. Wir müssen das lassen. Nach einem verlorenen Krieg wurden auch im 18. Und 19. Jahrhundert Länder, ohne daß das jemals von irgendeiner Instanz gebilligt worden wäre, anderen Staaten angeschlossen, gegen ihren Willen und ohne das Sich-Hineinfinden in eine neue Ordnung in einem eigenständigen Staat. Mir tut das weh – denn ich bin durch meine Herkunft ein Anhänger Preußens –, daß das wohl nicht wieder zu bekommen ist. Aber wir sollten dieses Gefühl niederkämpfen und uns mehrheitlich auf den Standpunkt stellen: wir wollen nichts riskieren. Ich meine, wir wären gut und richtig beraten, wenn wir die von den Menschen dieser Gebiete, getragene Zustimmung oder ihr Sich-damit-Abfinden gelten lassen. Es gibt noch Wichtigeres.

Ich für meine Person – ohne Sie an einer anderen Meinungsbildung hindern zu können und zu wollen – hielte es für richtiger, den Zustand, wie er gewachsen ist, zu lassen. Die Zustimmung der Bevölkerung läßt sich auch damit begründen, daß sie dieses Thema, bei Wahlen noch nicht einmal zum Gegenstand des Wahlkampfes gemacht hat. Wir sollten nichts riskieren, sondern an Europa weiterarbeiten; da gibt es genug zu tun. Da ich gefragt worden bin, habe ich meine Meinung gesagt. Seien Sie mir nicht böse.

Wolfgang Stribrny

Das Grundgesetz sieht ja Länder vor, die landsmannschaftlich und wirtschaftlich zusammengehören, und die finanziell auf eigenen Füßen stehen. Da würde sich der Zusammenschluß dieser (besonders bevölkerungsmäßig) kleinen Bundesländer in Mitteldeutschland schon anbieten. Daß man natürlich im Augenblick der friedlichen Revolution hier ein Gebilde angeschlossen hat,

das die sowjetische Besatzungsmacht, d. h. die stalinsche Militäradministration, geschaffen hat, wie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – Mecklenburg und Pommern haben historisch nie etwas miteinander zu tun gehabt – das kann ich verstehen. Auch wenn wir Preußenfreunde damals schon unsere Stimme dagegen erhoben haben; aber wir sind nicht gehört worden, das hat nie eine Zeitung oder irgendein Sender gebracht. Eine andere Gliederung war also politisch nicht durchsetzbar. Es geht natürlich nur mit Zustimmung der Bevölkerung. Aber Sie haben ja in Brandenburg den Minister Ziel von der SPD gehabt, der sowohl in seiner brandenburgischen Zeit, als auch in seiner Zeit als Innenminister, glaube ich, in NRW, vehement für Preußen und die Wiederherstellung Preußens eingetreten ist. Er ist dann still geworden. Wilhelm Kaisern in der ersten Phase des westdeutschen Nachkriegsstaates, der Bürgermeister von Bremen, war ebenfalls dafür –. Auch Sozialdemokrat übrigens. Es hat also solche Stimmen gegeben.

Beitrag

Mich würde interessieren, wie viele von den Anwesenden eigentlich schon in Brandenburg gewesen sind, da ich aus Brandenburg komme, und meine Lebenserfahrung eine ganz andere ist, als das, was hier dargestellt wird. – Ah, das sind ja eine ganze Menge; das erstaunt mich. – Wir in Brandenburg verstehen uns als Brandenburger, als Preußen, so wie unter Albrecht dem Bären die Mark Brandenburg begann. So ist Preußen zurückgegangen auf seinen Ursprung, und es existiert bis heute. Ich bin preußisch aufgewachsen, preußisch erzogen, ohne, daß das Wort damals benutzt wurde. Übrigens, danke für den Hinweis: Es sind fast immer Sozialdemokraten, die heutzutage Bezug auf Preußen nehmen, niemals CDUler. Manfred Stolpe unterstützt das Museum in Wustrau, Matthias Platzeck spricht von Preußen. Es mag einem die politische Richtung nicht gefallen, aber es ist interessant, daß es immer Sozialdemokraten sind, die davon sprechen. Die Menschen bei uns verstehen sich als Preußen. Man mag den Staat abgeschafft haben, aber die Menschen sind nicht verschwunden, sie leben das. Der Staat drückt die Mentalität der Menschen aus, und diese schaffen ihn sich nach ihren Vorstellungen. Mir ist die Namensgebung heutzutage relativ egal, weil ich einer jüngeren Generation angehöre. Deshalb habe ich ein unbelastetes Verhältnis zur Vergangenheit und verstehe das das Problem nicht. Wahrscheinlich ist es für Sie ein Verlust; ich empfinde es eher als etwas, was höchst lebendig ist. Bedenken Sie, wenn Sie sagen: Preußen kommt nicht wieder, beziehen Sie sich auf Preußen; wenn Sie sagen: es ist ja nicht wie in Preußen, beziehen Sie sich auf Preußen. Preußen ist also extrem lebendig, weil Sie sich immer wieder darauf beziehen. Erst wenn sich keiner mehr dafür interessiert, keiner mehr darauf Bezug nimmt, ist Preußen gestorben. Aber solange die Menschen sich darauf beziehen, wie

sie es tatsächlich immer mehr tun, auch in Unzufriedenheit, lebt Preußen. Deshalb verstehe ich überhaupt nicht, daß Preußens Weiterleben von der Namensgebung für ein Bundesland abhängen sollte.
(Applaus)

Veranstalter

Ein gutes Schlußwort aus dem Publikum, aber Sie, Herr Prof. Strubny, wollen noch etwas sagen.

Wolfgang Strubny

Vielleicht noch etwas zu Berlin, Berlin als deutsche Hauptstadt. Die ist natürlich so preußisch, wie es nur preußisch sein kann. Berlin ist ja die einzige deutsche Hauptstadt. Das Heilige römische Reich hatte keine deutsche Hauptstadt. 1871 wurde Berlin zur deutschen Hauptstadt, weil der nunmehrige Kaiser, Wilhelm I, in Berlin residierte. Solange in Berlin die amerikanische Flagge geweht hat, war die deutsche Frage offen, habe ich immer gesagt, bis 1989. Berlin ist nun wieder die deutsche Hauptstadt. Sie wissen, daß die Abstimmung im deutschen Bundestag nur mit Stimmen der PDS zur Wahl von Berlin als Hauptstadt geführt hat. Im Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz haben ganze zwei Abgeordnete, für Berlin gestimmt – alle anderen für Bonn. Das war die deutsche Realität damals. Inzwischen redet niemand mehr von Bonn! Berlin als deutsche Hauptstadt ist selbstverständlich. Sie sehen, wie Preußen und das Kaiserreich bis heute wirken. Ein ganz großer Preußenhistoriker hat eine Geschichte Preußens geschrieben und eine Biografie Kaiser Wilhelms II - wer wagt so etwas - in der er sich positiver über Wilhelm II äußert, als ich es je bisher getan habe oder tun werde. Es ist ein Australier, der in Cambridge lehrt – Christopher Clark. Er war als Student vor 1990 nach Ost-Berlin gekommen, hat da die preußischen Bauten gesehen und gesagt: Preußen, das ist es. Er hat Deutsch gelernt und spricht es wie wir. Seine Geschichte Preußens – das ist diesbezüglich erst- und einmalig, meine Damen und Herren, konnte von der Bundeszentrale für politische Bildung jedenfalls noch im letzten Jahr fast gratis als Sonderausgabe bezogen werden. Für so wichtig für das deutsche Geschichtsbewußtsein hielt die Bundeszentrale diese Geschichte Preußens (erstaunlicherweise, d. Red.). Auf dem Schutzumschlag der Originalausgabe ist Kaiser Wilhelm II. in Generalsuniform abgebildet, als ob er ein besonderes Symbol Preußens gewesen sei. Man darf also auf eine gerechtere Sicht unserer Geschichte in der Zukunft hoffen.

Beitrag

Für mich ist Preußen eine Idee, eine Idee von einem guten Staat. Nach all den Wirrungen, nationalen Katastrophen, der Fremdbestimmung, die wir

im letzten Jahrhundert erlebt haben, sind es die Eigenschaften Preußens, auf die es ankommt. Für mich steht Preußen besonders für Dienst am Gemeinwohl in Redlichkeit, also eine Haltung, deren Mangel wir heute sehr zu beklagen haben. Ich meine, die preußische Idee ist nicht an Grenzen gebunden. Deshalb halte ich die Diskussion, über eine Restaurierung des Namens für unnötig.

Wolfgang Stribrny

Gut, das lassen wir das jetzt einmal so stehen. Ich glaube, die Argumente sind nun ausgetauscht.

Veranstalter

Das war wieder ein gutes Schlußwort. Doch lassen Sie mich zu Friedrich noch einiges ergänzen.

Friedrich hat die Lage seines Staates und seiner Provinzen sehr nüchtern beurteilt, besonders ihre Wirtschaftskraft und Entwicklungsmöglichkeiten. Er kommt in seinen Politischen Testamenten von 1752 und 1768 zu dem Ergebnis: Wir haben nur das, was wir aus eigener Kraft schaffen, denn wir haben keine Kolonien, wie England, Spanien, Frankreich. Dann sagt er sogar - ich gebe es in meinen Worten wieder - wir wollen auch gar keine Kolonien haben! Denn es sei selbstverständlich, daß die Menschen in Kolonien fern der Heimat die Verbindung zu ihrem Heimatland verlören und sich selbstständig machen wollten, und das brächte noch mehr Kriege zu denen, die es ohnehin schon gebe. Das sagte er 18 Jahre vor der amerikanischen Revolution und Unabhängigkeitserklärung!

Weil Friedrich seinen Staat so auf die eigene Kraft angewiesen sah, hat er besonders darauf gesehen, daß er gutes Geld hatte. Deshalb war er sich als König nicht zu schade, sich mit dem Finanzfachmann Graumann wochenlang zusammzusetzen und mit ihm ein neues Münzsystem – Verhältnis Gold zu Silber, Silbergewicht pro Taler, usw. – auszuarbeiten, das dann auch wirklich ein sehr geschätztes Münzsystem wurde, so sehr geschätzt, daß er trotz der Münzverschlechterung im Siebenjährigen Krieg (weniger Silber pro Taler) mit diesen Talern gutes Silber in Rußland und Polen kaufen konnte.

Er hat sich auch Gedanken darüber gemacht: wieviel Schulden der Staat haben dürfe. Er sagt, daß sein Vater drei Millionen Taler Schulden bei den Ständen aufgenommen habe. Er habe sie auf fünf Millionen erhöht – dabei solle es bleiben.. Diese Höhe an Schulden hielte Geld im Lande, sie bringe den Kreditgebern, sichere Rendite. Wenn er aber mehr Schulden mache, ziehe er Geld aus dem Markt, das eigentlich für die Wirtschaft gebraucht werde. Er hat also treffende volkswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Überlegungen angestellt.

Sehr wichtig war ihm, einen so großen Staatsschatz anzuhäufen, daß Preußen vier Jahre (im Politischen Testament von 1768 auf acht erhöht) Krieg führen konnte, ohne die Steuern zu erhöhen. Dazu legte er Jahr für Jahr Geld zurück und hat sein Ziel dann auch erreicht.

Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges hatte Friedrich wegen dieser Vorsorge (und aufgrund zeitweiliger englischer Subsidien sowie der Kontributionen, die Sachsen, genau abgerechnet, bis zum 15. März 1763 gezahlt hatte) noch viel Geld, mit dem er gezielt Hilfe leisten konnte.

Er hat, wie auch andere Staaten in der Zeit, aber konsequenter, Magazine für Getreide, Mehl, Futter anlegen und füllen lassen. In Überschubzeiten kaufte der Staat den Bauern Getreide und Futter ab, wenn nötig, auch im Ausland, und füllte damit die Magazine. In Notzeiten und bei Teuerung wurden die Vorräte freigegeben, sodaß eine richtige Not kaum noch eintreten konnte.

Friedrich war nach dem Friedensschluß 1763 im eben noch feindlichen Land Sachsen noch vier Wochen umhergereist, hatte von dort aus die Amtsgeschäfte geführt, in Meißen viel Porzellan gekauft und zudem freundschaftliche Bande mit dem sächsischen Thronprätendenten, besonders dessen kluger Gemahlin geknüpft.

Nach seiner Rückkehr hat er ganz rigoros die Armee zusammengestrichen und dadurch Tausende Menschen und Pferde für die darbende Landwirtschaft frei gemacht. Außerdem hat er dann die immer noch erstaunlich vollen Magazine entleert.

Das sind zusätzliche Beispiele für seine Politik der praktischen Vernunft.

Um die Landeskultur zu entwickeln, nicht nur durch Kolonisierung, sondern um die Landwirtschaft auszubauen, zu verbessern, war ihm alles von Interesse, was von außen an Anregungen kam, Das war damals die englische Landwirtschaft mit einer anderen Fruchtfolge (Klee, Weizen, Rüben, Gerste), die es erlaubte, ohne Brache auszukommen und die Felder auch mit genügend Dünger zu versorgen, Friedrich drang darauf, englische Methoden und Maschinen anzuwenden.

Gleiches galt für den Bergbau. Er hat den Bergbau im Westen, im späteren Ruhrgebiet, und in Schlesien gefördert. Freiherr vom Stein hat damals als Oberbergrat in der Bergbauverwaltung angefangen. Friedrich kam es darauf an, möglichst modern zu sein. So drängte er auf die Einführung englischer „Feuermaschinen!“, also Dampfmaschinen, im Bergbau. Er betrieb eine ganz auf den praktischen Nutzen gerichtete Politik. Dabei investierte er auch in die Menschen für die Zukunft. So ließ er z.B. Landwirte in Spanien Schafzucht, in England Ackerbau studieren; er nahm Idee von Fachleuten auf, und gründete in Berlin eine Bergakademie für den Bergbau zum Studium der Mineralogie und der Bergrechte.

Zum Schluß drei Sätze Friedrichs des Großen, die ich draußen angeschlagen hatte:

Der erste ermahnt auch uns heute, nüchtern zu sein, nicht zu glauben eine Regierungsform sei nur der Bezeichnung wegen schon gut. Er Der Monarch Friedrich sagte nämlich:

„Die wahrhaft monarchische Regierung (die absolute Monarchie, d.Red.) ist die schlimmste oder die beste von allen - je nachdem, wie sie gehandhabt wird.“ (*Regierungsformen und Herrscherpflichten* (1777) in: *Ausgewählte Werke Friedrichs des Großen*, Komitee der Hindenburg-Gabe 1918, Bd. 3, S, 27)

Der zweite Satz:

„Er (der Herrscher, d. Red.) ist nur der erste Diener des Staates, ist verpflichtet, mit Redlichkeit, mit überlegener Einsicht zu handeln, als sollte er jeden Augenblick seinen Mitbürgern Rechenschaft ablegen.“ (Fundstelle wie oben, S. 35) Wie ich schon einmal erwähnte, bedeutet für ihn „erster Diener des Staates“ zugleich „erster Diener seiner Untertanen“. Er spricht von seinen Mitbürgern, d.h., er sieht sich auch als Bürger, nur mit der Funktion, den Staat zu leiten – mehr nicht; das sagt er auch ganz eindeutig in seinen Politischen Testamenten. Welch passende Erinnerung für die, welche heute „an der Macht“ sind und ihren Souverän als „die Bürger im Lande“ bezeichnen!

Der dritte Satz ist eine treffliche Mahnung, Meinungsfreiheit nicht politisch einzuschränken:

„...der Herrscher (hat) keinerlei Recht über die Denkart der Bürger.“ (Fundstelle wie oben, S. 35)

Ich hoffe, wir schaffen es noch einmal, daß dies auch bei uns wieder gilt, und wir uns sagen dürfen, ein wenig zu dieser Wende beigetragen zu haben.

Vielen Dank, meine Damen und Herren!
(Applaus)